

SOLAHRTAL-MUTMACHER

DIE KLIMAREVOLUTION FINDET VON UNTEN STATT – ODER GAR NICHT



Foto: Martin Seifert via Wikimedia Commons, gemeinfrei

Hochwasser bei Altenahr-Kreuzberg im Juli 2021

Dieser Meinungsbeitrag beschreibt, warum im Ahrtal eine klimapolitische Graswurzelbewegung entsteht. Fachgruppen, an denen sich auch die Energieagentur Rheinland-Pfalz und die Kreisverwaltung Ahrweiler beteiligten, erarbeiteten den Projektvorschlag „Nachhaltiger Wiederaufbau und Nutzung regenerativer Energien im Kreis Ahrweiler“. Mehr als 40 ehrenamtlich Beteiligte aus verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen, Fachverbänden, gemeinnützigen Vereinigungen und Beratungsdienstleistern erstellten diese Projektskizze in einer rund siebenmonatigen projektähnlichen Arbeitsweise.

Der Werdegang

2016 entstand der „Runde Tisch für Erneuerbare Energien“ (RT EE), ein Austausch von Vertreterinnen und Vertretern von Vereinigungen, die sich regional und bundesweit für 100 % Erneuerbare Energien bis spätestens 2030 einsetzen. Initiiert wurde er von den Vereinen: Bündnis Bürgerenergie, Bund der Energieverbraucher, Bundesverband Windenergie, Die Freunde von PROKON und dem Solarnergie-Förderverein Deutschland [1].

Als im Juli 2021 das Ahrtal von einer furchtbaren Flutkatastrophe zerstört wurde, hat sich der RT EE entschlossen, den Wiederaufbau auf der Basis einer Energieversorgung durch 100 % Erneuerbare Energien zu gestalten. Die Initiative „Ahrtal wird SolAHRtal“ [2], auch SolAHRtal-Initiative genannt, war geboren.

Innerhalb dieser Gruppe entstand auch die eingangs erwähnte Projektskizze. 2022 wurde die Initiative mit dem „Gol-

den Planet Award“ ausgezeichnet, ein von mehreren Unternehmen vergebener Preis, mit dem sie „geliebte Nachhaltigkeit“ und das „Engagement für soziales und umweltbewusstes Handeln sowie ihre positiven Auswirkungen auf die Gemeinschaft und die Umwelt“ würdigen [3]. Der Preis wurde an Rainer Doemen als Stellvertreter der Initiative übergeben.

Der Sachstand

Die am Projektvorschlag Beteiligten kritisieren das Fehlen positiver Zeichen von Regierungen und Politik auf der Landes- und Bundesebene. Ihrer Meinung nach gelangte diese Entwicklung nicht auf die bundespolitische Agenda – auch nicht die Chance, den Wiederaufbau im Ahrtal fachlich versiert und mit Erneuerbaren Energien bürgernah zu organisieren und gemeinsam mitzugestalten.

Mindestens 180 Menschen starben in der Nacht vom 14. Juli 2021 in Rheinland-Pfalz (RLP) und Nordrhein-Westfalen (NRW), viele Hundert weitere wurden verletzt. Ein Mensch gilt weiterhin als vermisst [4]. Wesentliche Teile der Infrastruktur wurden komplett zerstört. Viele Menschen sind traumatisiert, der Wiederaufbau wird Jahre dauern.

Die strafrechtliche Aufarbeitung hat einen neuen Stand erreicht. Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat ihre Ermittlungen gegen den damaligen Landrat des Kreises Ahrweiler Dr. Jürgen Pföhler (CDU) und einen weiteren Mitarbeiter aus dem Krisenstab eingestellt, da sich kein hinreichender Tatverdacht ergeben habe. Die Flut habe alles, was die Menschen zuvor erlebt haben, weit übertroffen und war

für Anwohner, Betroffene, Einsatzkräfte und Einsatzverantwortliche gleichermaßen subjektiv unvorstellbar“ [4].

In der Bevölkerung herrscht Unverständnis für die Entscheidung. Gegenüber der Tagesschau hat etwa der Bürgermeister von Bad Neuenahr-Ahrweiler, Guido Orthen, gesagt, dass er „mehr als enttäuscht“ ist [5]. „Viele Menschen müssen nach wie vor die Folgen der Flut, den Verlust von lieben Menschen und Verletzungen an Leib und Seele tragen und ertragen“, so Orthen. Manche Menschen in der Region äußern Befürchtungen, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren gehe.

Viele erinnern sich an die Worte, die der damalige Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) nach der Katastrophe in einem Interview mit WDR-Moderatorin Susanne Wieseler sagte: „Weil jetzt so ein Tag ist, ändert man nicht die Politik“ [6] – ein aus Sicht des Autors menschenverachtender Satz. Wieseler hatte davor gesagt, dass die Menschen in der Region spüren, was der Klimawandel bedeutet, und fragte Laschet, ob er die Flut nicht als Jahrhundertkatastrophe und Wendepunkt sehe und klimapolitisch umsteuern wolle.

Ein Plädoyer für Klimaschutz

Spätestens jetzt muss sich die Politik jedoch ändern. Wie lange will sie noch warten? Insbesondere in NRW und RLP scheint das Wohlergehen von Firmen, die zur Klimakrise beigetragen zu haben, einen höheren Wert zu haben als die Umsetzung wirksamen Klimaschutzes und den Umbau des Energiesystems auf Erneuerbare Energien prioritär zu behandeln.

Es passiert viel zu wenig im immer kürzer werdenden Zeitfenster des Handels, um eine lebenswerte, enkeltaugliche Zukunft zu gestalten. Aus der Lage zieht die SolAHRtal-Initiative Motivation, damit eine Erneuerbare Energien-Modellregion entsteht.

Der RT EE diskutierte mit Vertreterinnen und Vertretern vieler EE-Organisationen die Möglichkeiten zum energetischen Wiederaufbau mit 100 % Erneuerbare Energien.

Mehrere Wissenschaftler wurden dabei unterstützt, das Impulskonzept „Aus Ahrtal wird SolAHRtal“ zu erarbeiten [2].

Demnach kann das Ziel von 100 % EE schon 2027 erreicht werden (best case Szenario). Damit steht bereits jetzt fest, dass Investitionen in fossile Strukturen von vornherein unwirtschaftlich sind. Allein dieser Erkenntnisgewinn spart viel Geld.

Für die Sektoren Wärmeversorgung und Strom, dort getrennt nach PV und Wind, wurden die verfügbaren Potenziale ermittelt, mit den Notwendigkeiten abgeglichen und die Möglichkeiten diskutiert. Sektorenkopplung wird so ganz praktisch vor Ort umgesetzt. Wann ergibt sich noch einmal die Chance, ein aus der Not geborenes Sofortprogramm umzusetzen?

Die Bremser

Wie starr die Politik an den alten Strukturen und dem üblichen guten Einvernehmen mit der fossilen Versorgungswirtschaft festhält, zeigt sich insbesondere beim Thema der Wärmeversorgung: Der örtliche Versorger betreibt das Fernwärmenetz weitestgehend mit Erdgas. In Anbetracht der katastrophalen Folgen, die die jahrzehntelange fossile Wirtschaft gerade eben genau dort angerichtet hat, kann die Bevorzugung von Erdgas als zynisch bezeichnet werden.

Flankiert wird das von bürokratischen Blockaden: Jeder weiß immer, wie es nicht geht. Die üblichen politisch-regulatorisch-bürokratischen Spielchen, wenn etwas verhindert werden soll. Es ist traurig und bezeichnend genug, dass erst Katastrophen stattfinden müssen, bevor sich die Erkenntnis durchsetzt, dass es so nicht weitergeht.

Viel schlimmer ist es aber, wenn aus diesen Katastrophen dann, wie derzeit im Ahrtal, weder die großen Chancen des zukunftsorientierten Wiederaufbaus und die helfenden Hände der Fachexpertise ergriffen werden noch ein Beschluss des Kreis- und Umweltausschusses des Landkreis Ahrweiler vom 13. September 2021 zur Einrichtung einer Projektgruppe „Energiebewusstes Bauen und Nutzung regenerativer Energien im Ahrtal“ ernsthaft auf Landes- und Bundesebene aufgegriffen und umgesetzt wird.

Wollen Regierungen und Politik weiterhin nur auf Druck aus der breiten Öffentlichkeit ihren gewohnten klima- und energiepolitischen Kurs unzureichend verändern? Ähnlich der Einstellung des Strafverfahrens gegen den ehemaligen Landrat Dr. Pföhler droht ein Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsbereitschaft von Staatsgewalten. Aus Sicht des Autors ist das nicht nur traurig, sondern mindestens grob fahrlässiges Unterlassen der notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Ort.

Lösungen liegen für den Landkreis Ahrweiler mit dem Projektvorschlag auf dem Tisch, damit die Bürgerschaft vor Ort ihre Lebenswerte, enkeltaugliche Zukunft mitgestalten kann. Dabei könnte von einer Region, die von einer verheerenden Flutkatastrophe zerstört worden ist und den Wiederaufbau mit Erneuerbaren Energien schafft, ein weltweites, mutmachendes Signal ausgehen.

Wie geht es weiter?

Nun geht es darum, den Projektvorschlag umzusetzen etwa als Pilotprojekt.

Man fragt sich, warum die Landespolitik die auf der Hand liegenden Vorteile nicht sieht, oder nicht sehen will: Die Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen vor Ort, die Verringerung der Schadstoffbelastung, die Stabilisierung von Energiepreisen, die Resilienz dezentraler Versorgungsstrukturen und die Verringerung der Abhängigkeit von den fossilen Klimakillern.

An dieser Stelle sei eine aktuellen Kleine Anfrage erwähnt. In dieser wird unter anderem darauf hingewiesen, dass die rheinland-pfälzische Klimaschutzministerin Katrin Eder „im Zusammenhang mit dem Presseartikel zum ‚Kalten Wärmenetz in Rech‘ von einem ‚Webfehler des Wiederaufbaufonds‘“ sprach, da „generell nur der Wiederaufbau eins zu eins nach der Flut gefördert werde“.

Ein Argument in der Antwort auf die Frage, wie sich Eder für die Behebung dieses Fehlers einsetzen möchte, ist: „Allerdings sind Klimaschutzmaßnahmen, wie zum Zeitpunkt der Flutkatastrophe im Ahrtal nicht vorhandene Nahwärmenetze über den Wiederaufbaufonds nicht förderfähig, da diese Modernisierungen/Erweiterungen/Verbesserungen darstellen, die sich nicht aus den aktuellen baulichen und technischen Normen ergeben und für die somit keine Rechtspflicht besteht oder eine zwingende Erforderlichkeit bei Beachtung des Hochwasser- und Überschwemmungsrisikos.“ Das Land könne sein Ermessen nur im vorgegebenen Rechtsrahmen des Bundes ausüben. Von dem insoweit bestehenden Ermessensspielraum mache RLP bereits soweit wie möglich Gebrauch, um kommunalfreundliche Lösungen zu finden [7].

Aus Sicht des Autors ignoriert die Landesregierung alle Appelle insbesondere auch aus der Politik, solange sie nur auf den aktuellen Rechtszustand abstellt. Beispielsweise forderte die damalige Klimaschutzministerin Anne Spiegel am 11. Oktober 2021: „Aus der schrecklichen Hochwasserkatastrophe müssen konkrete Schlüsse für die Zukunft gezogen werden“ [8]. Weiter können Sonntagsreden

und gelebte politische Praxis nicht auseinanderfallen. Der Initiative wurde kurz vor Redaktionsschluss seitens der Agentur für kommunalen Klimaschutz bestätigt, dass es derzeit kein ganzheitliches Förderinstrument für eine Umsetzung des Projektvorschlags gibt.

Es ist eine Frage des politischen Willens: Das entsprechende Recht für die Umsetzung des Baus von Terminals für verflüssigten Erdgas (LNG) an der Nordsee wurde in einem Rekordtempo geschaffen. Wer will, der kann.

Und das machen die Bürger vor Ort. Sie überzeugen weiterhin, dass Politik, Verwaltung und die SolAHRtal-Initiative Hand in Hand agieren müssten, damit tatsächlich die verkündete Modellregion durch Bürgerengagement und -investment geschaffen wird [9]. Bleibt der Widerstand auf Landes- und Bundesebene unverändert stark, sinken die Chancen einer Modellregion auf null.

Quellen

- [1] energiewende-2030.de/geschichte/
- [2] 2021, Impulskonzept, energiewende-2030.de/wp-content/uploads/2021/09/Impulskonzept-fuer-den-Wiederaufbau-Ahrtal-V1.1.c.pdf
- [3] golden-planet-award.com/ueberuns/
- [4] 18.04.2024, tagesschau.de/inland/gesellschaft/ahrtal-ermittlungen-eingestellt-100.html
- [5] 18.04.2024, tagesschau.de/inland/gesellschaft/flutkatastrophe-ahrtal-110.html
- [6] 15.07.2021, Sendung WDR aktuell, youtu.be/SdpCoM9Eyi8?t=1459
- [7] 18.04.2024, Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Wefelscheid; Drucksache 18/9366; dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/9366-18.pdf
- [8] mkuem.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/spiegel-aus-der-schrecklichen-hochwasserkatastrophe-muessen-konkrete-schluesse-fuer-die-zukunft-gezogen-werden
- [9] siehe auch: abstimmung21-mitmachen.de/proposals/200-100-prozent-erneuerbare-in-modellregion-ahrtal-klimawende-von-unten

Transparenzhinweis: Auch DGS-Mitglieder haben sich am RT EE beteiligt.

ZUM AUTOR:

► Gunnar Harms

Diplomingenieur, Referent für die Schulung DGS Solar(fach)berater Photovoltaik gharms@netcologne.de